



SAMSTAG

Abstimmung zu Mehrzweckbau



MAUREN: Am 8. und 10. März werden die Stimmberechtigten von Mauren auch über einen Kredit von 11,6 Mio. Franken (nach Abzug der Landessubvention noch rund 8 Mio. Franken) für die Errichtung eines Mehrzweckgebäudes befinden. Das Projektvorhaben vereint diverse Nutzungen – Werkhof, Feuerwehrdepot, Kulturgüter etc. – unter einem Dach. Seite 4

FCV unter Druck



FUSSBALL: Vaduz ist der Start in die Abstiegsrunde mit der 1:4-Niederlage in Locarno völlig missglückt, Yverdon hingegen hat mit dem 4:1-(2:0)-Sieg gegen Baden die Tabellenplätze bereits nach der ersten von vierzehn Runden gefestigt und weist bereits jetzt zehn Punkte Vorsprung auf die Abstiegsplätze auf. Die Westschweizer können es also gelassen und selbstsicher angehen, der FCV hingegen steht im ersten Heimspiel bereits mächtig unter Druck. Seite 21

Angesteckt durch den Menschen

FIT & TOP: Tierhalter sorgen sich, dass ihr Tier bei engem Kontakt Krankheiten übertragen könnte. Dass auch umgekehrt Gefahr droht, haben Forscher jetzt belegt. Seite 33

REKLAME

20 Jahre
SELE
Personalberatung
+423 239 90 90
www.selepersonal.li

«Schritt Richtung Verhinderungspolitik»

Kritische Haltung von Verkehrsministerin Rita Kieber-Beck zur Verkehrsinitiative

In einer Woche wird über die Verkehrsinitiative abgestimmt. Laut Verkehrsministerin Rita Kieber-Beck hätte ein Ja sehr negative Auswirkungen: «Der von den Initianten vorgeschlagene Verkehrsartikel würde einen entscheidenden Schritt in Richtung einer Verhinderungspolitik machen.»

Martin Frommelt

Durch die von den Initianten angestrebte Änderung von Artikel 20 der Verfassung wird eine Lösung des Verkehrsprob-

lems verunmöglicht. Diese Ansicht der Gegner vertritt auch Verkehrsministerin Rita Kieber-Beck. Sie sei sich sicher, «dass der von den Initianten vorgeschlagene Verkehrsartikel einen entscheidenden Schritt in Richtung einer Verhinderungspolitik machen würde. Ob das bestehende Verkehrsproblem durch Verhinderung gelöst werden kann, mag ich zu bezweifeln», so die Verkehrsministerin.

Alternative unmöglich

Auch die Errichtung eines alternativen Verkehrssystems wäre durch die Annahme der Initiative zum Scheitern verurteilt. Seite 3



Gegen Verkehrsinitiative: Verkehrsministerin Rita Kieber-Beck.

KOMMENTAR

Die diese Woche seitens der Bankenkommission von Präsident Fritz Bühler gegenüber der Regierung geäußerte Kritik löste nicht nur in Finanzkreisen Kopfschütteln aus. Kaum hat es Liechtenstein geschafft, nicht wieder auf die ominöse schwarze Liste der FATF gesetzt zu werden, da kritisiert ausgerechnet die Bankenkommission die Politik der Regierung und bringt den Finanzplatz Liechtenstein wieder in die internationalen Schlagzeilen.

Schlechtes Signal

Hauptaufgabe der Bankenkommission wäre die Beratung der Regierung. Was die Kritik mit «Beratung» zu tun hat, mag das Geheimnis von Fritz Bühler bleiben.

Dass ein beratendes Gremium der Regierung dieselbe öffentlich derart harsch kritisiert, nur weil sie von ihr angeblich zu wenig gefragt wurde, ist schon grundsätzlich daneben. Dies umso mehr, als die Politik der Regierung gerade in dieser äusserst heiklen FATF-Agenda zum gewünschten Erfolg geführt hat. Regierungschef Hasler trifft dieser Rückenschuss deshalb nicht.

Das Signal, das die Bankenkommission ausgesandt hat, könnte indes dick auf unseren Finanzplatz zurückfallen. Denn: Die Bedrohung eines Relistings konnte abgewendet werden, indem der FATF versichert wurde, dass alle Akteure hinter dieser Politik stehen würden. Dass hier ausgerechnet die Bankenkommission ausschert, wird das Vertrauen der FATF nicht stärken.

Martin Frommelt

Wenig sachdienlich

Unverständliches Vorpreschen seitens VU

Hinsichtlich des Termins für eine überparteiliche Verfassungsveranstaltung hat VU-Generalsekretär Peter Kranz unnötige Irritationen ausgelöst. FBP-Geschäftsführer Marcus Vogt: «Ein unakzeptables Vorgehen!»

Martin Frommelt

Stein des Anstosses: In einer Medienmitteilung (gestern im Volksblatt) informierten verschiedene Parteien und Organisationen, dass die überparteiliche Verfassungsveranstaltung auf den 22. April festgesetzt wurde, die FBP habe sich aber noch nicht entschlossen können, einer Teilnahme zuzustimmen. Vogt wundert sich ob dieser Aussage nicht schlecht, wurde die FBP doch bis gestern nicht über diesen Terminvorschlag informiert!

Noch am Donnerstag einigten

sich FBP-Geschäftsführer Vogt und VU-Generalsekretär Kranz telefonisch darauf, die Medienmitteilung erst nach Behandlung eines Terminvorschlags in der FBP-Präsidiumssitzung vom 5. März zu veröffentlichen. Jetzt dieses wohl parteipolitisch motivierte Vorpreschen, das der Sache wenig dienlich ist. Ungeachtet dieses Vorgehens hält sich die FBP an das vereinbarte Prozedere und wird sich am kommenden Dienstag mit der Thematik befassen. FBP-Präsident Johannes Matt bekräftigte erneut, dass die Bürgerpartei an dieser Veranstaltung mitmachen werde, wenn zu diesem Zeitpunkt der überarbeitete Verfassungsvorschlag vorliegt. «Wir erachten es nach wie vor als zweckmässiger, mit dieser Veranstaltung zuzuwarten, bis der allenfalls überarbeitete und in zweiter Lesung zu behandelnde Verfassungsentwurf vorliegt.» Seite 2

Schweiz stimmt ab

Entscheid über UNO-Vollmitgliedschaft

Dieses Wochenende entscheiden die Schweizer Stimmbürger über eine UNO-Vollmitgliedschaft ihres Landes. Die Ansichten und Meinungen sind – wie vor jeder Abstimmung – unterschiedlich.

Rebecca Marogg

«Mit dem UNO-Beitritt gewinnt die Schweiz an Profil. Die Argumente der Gegner überzeugen nicht. Die Redaktion des Tages-Anzeigers befürwortet deshalb diesen Schritt», war vergangener Samstag auf Seite 7 des renommierten Blattes zu lesen.

Die Argumente der Gegner, die der Tages-Anzeiger für nicht überzeugend hält, sind in erster Linie die Befürchtungen um einen Verlust der Schweizer Neutralität, vor allem wenn es um die Entsendung von Truppen

auf Einwirkung des UNO-Sicherheitsrates hin geht. Die Gegner sind vor allem die Bürgerlichen und Konservativen, die in dem Schritt zur UNO eine Gefahr für die Neutralität sehen.

«Die vor allem um die Neutralität und die Demokratie kreisenden Argumente der Gegner sprechen echte Probleme an, sind aber ins Unverhältnismässige gesteigert. Weder ist die Neutralität gefährdet – der Entwurf des Beitrittschreibens der Schweiz spricht gerade hier eine sehr deutliche Sprache –, noch geht vom Veto der Grossmächte im Sicherheitsrat irgendeine Gefährdung für die Schweiz aus», schreibt die NZZ in ihrer gestrigen Ausgabe und bläst damit ins gleiche Rohr wie der Tages-Anzeiger. Die Zeit ist deshalb reif für ein Ja zur Volksinitiative «für den Beitritt der Schweiz zur UNO», resümiert der Artikel. Abgestimmt wird diesen Sonntag.

Hilti: Wachstum gebremst

Gewinneinbruch durch schlechtes Finanzergebnis

Das «Wirtschaftsjahr» 2001 hinterlässt seine Spuren. Hilti-Konzernchef Michael Hilti musste gestern beim Bilanz-Mediengespräch in Zürich bekannt geben, dass das Wachstum des Liechtensteiner Vorzeigekonzerns im Jahr 2001 gestoppt wurde.

Wolfgang Zechner

Der Umsatz lag mit 3,123 Milliarden Franken ein halbes Prozent unter dem Vorjahresniveau. Der Reingewinn lag mit 261 Millionen Franken 29 Prozent, das Betriebsergebnis mit 290 Millionen Franken 9 Prozent tiefer. Wegen der hohen Liquidität habe sich der Konzern den Turbulenzen an den internationalen Finanz-



Präsentierten gestern das Hilti-Ergebnis in Zürich: Konzernleitungs-Vorsitzender Pius Baschera (links) und VR-Präsident Michael Hilti.

märkten nicht entziehen können, wodurch das Finanzergebnis auf 15 Millionen Franken gedrückt worden sei, sagte Hilti weiter. Das entspricht einem

Einbruch von 85 Prozent. Immerhin habe das Unternehmen seine Marktposition weiter stärken können, so der VR-Präsident weiter. Seite 5.

REKLAME

Mit Sicherheit mehr Auswahl
FEDERER
AUGENOPTIK
CH-9470 BUCHS · 081 750 05 40
FL-9495 TRIESEN · +423/399 30 40
www.federer-augenoptik.ch